



Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn.

Redacteur: N. Silscher.

Bekanntmachung.

Nach den bis jetzt zu der in Berlin bevorstehenden allgemeinen Industrie-Ausstellung eingegangenen Anmeldungen scheint in manchen Kreisen die Ansicht verbreitet zu sein, als ob zu dieser Ausstellung lediglich Erzeugnisse der Fabrik-Industrie geeignet seien. Wir machen daher darauf aufmerksam, daß der Zweck, diejenigen Industrie-Erzeugnisse, deren Gebrauch allgemein verbreitet ist, und welche im Gebiete der deutschen Bundesstaaten gut und preiswürdig in größeren Quantitäten geliefert, oder mit besonderer Sorgfalt und Kunstfertigkeit gefertigt werden, in offen gelegten Proben zu vereinigen, bei dem volkswirtschaftlichen Standpunkte Deutschlands auch wesentlich geeignete Proben der landwirtschaftlichen, sowie der berg- und hüttenmännischen Industrie, besonders insofern sie Rohstoffe für die verarbeitenden Gewerbe liefert, in sich schließt. Demnach werden Spinnstoffe, welche in vorzüglicher Beschaffenheit geliefert werden, feine Wollflüsse, Flachse, inländische Seide, Pottasche, Leber, Cement, Metalle nebst den Rohstoffen, woraus sie gewonnen werden, Salze und ähnliche Rohprodukte in mäßigen nicht zu vielen Raum in Anspruch nehmenden Proben für die oben bezeichnete Ausstellung willkommen sein. Was insbesondere die Handwerker-Arbeit betrifft, so ist dieselbe dann, wenn besondere Sorgfalt und Kunstfertigkeit darauf verwendet, oder etwas Neues, Eigenthümliches oder besonders Sehenswürdiges an ihm zu bemerken ist, oder wenn sie in größeren Quantitäten geliefert und in den Handel gebracht wird, für die Ausstellung geeignet. Da die Anmeldefrist für diese Gewerbe-Ausstellung überall nicht ausreichend sein dürfte, so wird dieselbe noch insoweit ausgebeutet, als die Einsendung der Meldeverzeichnisse an uns noch bis zum 25ten d. M. gestattet wird. Hinsichts der in den Baaren-Designationen aufzuführenden Nachrichten über den Ursprung und Preis der Rohstoffe oder verarbeiteten Halbmaterialien bemerken wir, daß die Annahme der angemeldeten Gegenstände von diesen Angaben nicht abhängig gemacht wird. Die Erstattung der Kosten des Hin- und Rücktransportes ist nunmehr von fast sämtlichen Regierungen des deutschen Zollvereins übernommen, auch die portofreie Postbeförderung der nicht über 40 Pfd. wiegenden Sendungen für die Ausstellung auf den königl. Posten bewilligt worden. Was die Entschädigung für etwaige Entwendung, Zerbrechen, Zerreißen oder sonstige äußere Beschädigungen betrifft, welche sorgfältiger Bewachung ungeachtet, bei den ausgestellten Gegenständen vorkommen könnten, so liegt es in der Absicht, in den Fällen, in welchen erhebliche Gründe der Billigkeit für eine solche Entschädigung sprechen, dieselbe eben so wenig zu verweigern, wie dies bei den früheren Gewerbeausstellungen geschehen ist.

Endlich bringen wir noch zur Kenntniß der Betheiligten, daß diejenigen der Herrn Aussteller, welche vielleicht zu dieser Ausstellung selbst nach Berlin zu reisen beabsichtigen, sich Behufs der Empfangnahme der für bestimmte Freikarten auf dem, im Ausstellungs-Lokal befindlichen Bureau der Kommission für die Gewerbeausstellung in Berlin melden wollen.

Breslau den 11. Juli 1844.
Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Uebersicht der Nachrichten.

Die preussischen Richter und die Gesetze vom 29. März. Die Cartel-Convention zwischen Preußen und Rußland. Berliner Briefe. Aus Trier, Koblenz und Mülheim. — Aus dem Nassauischen, Stuttgart, Weimar, Dresden, Altenburg, Karlsruhe und Hannover. — Neue Excuse in Prag. — Aus St. Petersburg. Von der polnischen Grenze. — Aus Paris. — Aus Madrid. — Aus der Schweiz. Aus Italien. — Aus Rio Janeiro und Buenos-Ayres.

Die Preussischen Richter und die Gesetze vom 29. März d. J.

Allmählig bringen auch andere Zeitungen die Ansichten ihres Kreises über die in der Ueberschrift ange deutete wichtige Umgestaltung des Preussischen Staatsrechts.

Die Kölnische Zeitung spricht ein, wenn gleich in sehr schonender Form gekleidetes, so doch dem Wesen nach sehr bestimmtes Urtheil über den Geist und die einzelnen Bestimmungen der Gesetze vom 29. März d. J. in dem folgenden Artikel aus.

„Die Berichtigung, welche der Justizminister Mühlner neulich in unsern Zeitungen veröffentlichte, giebt einen neuen erfreulichen Beweis, wie sehr dieser hohe Beamte dem Wege der Deffentlichkeit überhaupt zugethan ist. Herr Mühlner bekämpft die Auffäge, welche in verschiedenen Zeitungen über Cabinetsjustiz und gegen das jüngst erlassene Gesetz vom 29. März, das Disciplinerverfahren gegen Beamte betreffend, erschienen sind, und bemüht sich, die Leser darüber aufzuklären, „es ihrem eigenen Urtheile überlassend, ob der gegenwärtige Zustand so besorglicher Art sei, wie man ihn anzudeuten sich bemüht.“ Dies ist die durchaus richtige und lobenswerthe Weise, wie verfahren werden muß, und nicht genug ist es zu schätzen, wenn einer der am höchsten stehenden Diener des Staates ohne Bitterkeit seine Ansichten der öffentlichen Meinung zur Prüfung vorlegt. Was gegen den Mühlners Aussprüche erwidert werden kann, beschränkt sich darauf, daß der Hr. Minister die Erklärung von Cabinetsjustiz zu kurz faßt, wenn er sagt, daß man darunter Entscheidungen der höchsten Staatsgewalt in Privatrechts-Angelegenheiten begreife. Cabinetsjustiz ist unseres Erachtens alles und jedes Eingreifen der höchsten Staatsgewalt in richterliche Entscheidungen, mögen dieselben privatrechtlicher oder strafrechtlicher Natur sein. Cabinetsjustiz ist alles, was das richterliche Urtheil antastet, schärft, abändert, und statt des Gesetzes den Willen einführt. Auf die Art des Processes kommt es dabei wohl nicht an. Ob derselbe politische Vergehen, Vergehen gegen die Sittlichkeit, Religion oder Meinungsäußerungen betrifft, ist durchaus gleichgültig, immer handelt es sich allein darum, welche Strafbarkeit das Gesetz und der Richter darin erkennt, und ob die höchste Staatsgewalt sich in dessen Urtheile mischt. — Was das Disciplinargesetz anbelangt, so sagt der Hr. Minister, daß dasselbe die Garantie der Beamten nicht vermindere, sondern vermehre! Es kommt hierbei der Grundsatz in Frage: ob in einem Rechtsstaate überhaupt Beamte abgesetzt, degradirt oder zur Strafe versetzt werden sollen ohne richterliches Urtheil nach dem Landesgesetze? Richterliche Beamte, die bisher nur nach Urtheil und Recht abgesetzt werden konnten, werden nun nach jenem Gesetze durch das vorgefakte Landes-Justizkollegium beurtheilt; sind sie Mitglieder eines solchen, so ernannt der Justizminister ein anderes Collegium, gegen dessen Spruch der Minister sowohl wie der Angeschuldigte Refurs an das Geheime Ober-Tribunal einlegen kann. Dies ist allerdings eine größere Sicherheit, als der übrige Theil der Beamten hat, wo der Staatsrath das höchste entscheidende Collegium bildet; denn dort sind alle Mitglieder rechtskundige Männer; allein wir sind fest überzeugt, daß, wenn den Beamten die Wahl gelassen wird, ob sie es vorziehen, nach Urtheil und Recht im fiskalischen Prozeß gerichtet zu werden, oder nach dem neuen Gesetze von den angeordneten Collegien, schwerlich ein Einziger glauben wird, er habe durch letztere vermehrte Garantien erhalten. Der Unterschied ist hauptsächlich der, daß im ordentlichen Prozesse das Urtheil nach den Landesgesetzen gefällt werden muß, im Disciplinerverfahren aber die Collegien eine Art Jury bilden, die, wie es augenblicklich vorgeschrieben steht, nach ihren Ueberzeugungen urtheilt. Die Sicherheit liegt also nicht mehr im Gesetz, sondern in der Meinung, und wie erleuchtet auch immerhin die Mitglieder jener Beamtenjury sein mögen, es giebt sehr viele Fälle, wo die subjektive Ansicht sich am Recht schwer versündigen kann, namentlich hier, wo weder freie Presse, noch Deffentlichkeit, noch sonst ein weiterer Schutz vorhanden ist. Wir haben kürzlich in unserer Nähe einen Prozeß gehabt, wo ein Richter zur Untersuchung gezogen wurde, den alle Welt schuldig glaubte; allein eben durch die genaue Untersuchung ergab es sich, daß drei Personen Meineid gegen ihn geleistet. Er wurde völlig freigesprochen. Ein Discipli-

narverfahren, für welches sich sein Fall sehr gut eignete, hätte ihn unfehlbar des Amtes entsetzt, was öfter vorkommen könnte, trotz der größten Gewissenhaftigkeit. Wenn aber der Hr. Minister sagt, er könne nicht einsehen, warum die Disciplinargewalt bei der Justiz anders sein sollte, als bei den Administrativbehörden, so kann man nur darauf erwidern, daß es allerdings eine Disciplinargewalt überall geben muß, der Ordnung wegen und damit Jeder seine Pflicht erfülle. Geht diese Gewalt jedoch bis dahin, daß sie an die Stelle des Rechts und Gesetzes tritt, absetzt, versetzt, degradirt, so muß man weit eher beklagen, daß nicht sämtliche Staatsbeamte den früheren Richtern gleichgestellt wurden, d. h. nur mittelst Urtheils und Rechts und nach den Landesgesetzen zu entlassen oder abzusetzen sind. Hierin läge die größte und beste Gewähr, welche dem Beamten werden kann. Strafversetzungen und Strafbegradationen sind unseres Erachtens eben so wenig statthaft für eine Disciplinargewalt wie allzu hohe Ordnungsstrafen. Das Gesetz allein giebt Schutz gegen Willkühr. Man denke an die Conduitenlisten, man denke, in wie vieler Weise es leicht ist für einen Vorgesetzten, den Untergebenen Mißfallen oder Wohlwollen zu bezeugen; man sollte daher die Disciplinargewalt beschränken, nicht aber erweitern oder dieselbe beloben.“

Inland.

Berlin, 12. Juli. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den bisherigen ordentlichen Professor, Geheimen Justizrath Dr. Pernice, zum Curator und außerordentlichen Regierungs-Bevollmächtigten bei der Universität in Halle zu ernennen und demselben den Charakter eines Geheimen Ober-Regierungsraths beizulegen; so wie dem bisherigen Hofstaats-Secretair und jetzigen Rendanten der Hofkammer-Rentei, Ludwig, das Prädikat als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Se. Durchlaucht der kaiserl. österreichische Feldmarschall-Lieutenant, Prinz Friedrich zu Hohenzollern-Hechingen ist von Wien hier angekommen. Der Fürst zu Lynar ist nach Dresden abgegangen.

Berlin, 13. Juli. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Bau-Inspector Schwieger zu Wrieken den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; den bisherigen Ober-Landes-Gerichts-Rath Sibeth zu Frankfurt zum Geheimen Justiz- und vortragenden Rath im Justiz-Ministerium; den Kammergerichts-Rath Blumenthal bei der nachgesuchten Dienstentlassung zum Geheimen Justizrath; den bei dem Land- und Stadtgerichte zu Wrieken angestellten Kammergerichts-Assessor Klüber zum Land- und Stadtgerichts-Rath, den bei dem Stadtgerichte in Rathenow angestellten Kammergerichts-Assessor Seemann und den Stadtgerichts-Assessor Koll in Charlottenburg zu Stadtgerichts-Räthen zu ernennen; dem Stadtrichter Berner zu Strasburg in der Uckermark; den Justiz-Commissarien und Notarien Eisleben in Prenzlau und Lindinger in Schwedt den Charakter als Justizrath; dem Kammergerichts-Registrator Fokisch und dem Stadtgerichts-Kanzlei-Inspector Krämer hieselbst den Charakter als Kanzleirath beizulegen.

Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Carl ist nach der Provinz Pommern und Se. königl. Hoheit der Prinz Adalbert nach Rissingen abgereist.

Der Fürst Felix Lichnowsky ist von Leipzig; Se. Excellenz der General-Lieutenant und Commandant von Küstrin, Köhn v. Taske, von Küstrin; der General-Major und Inspecteur der 2ten Artillerie-Inspection, v. Jenichen, von Rissingen, und der kaiserl. österreichische Wirkliche Geheime Rath und Gouverneur von Steyermark, Graf Wickenburg, von Wien hier angekommen.

Der General-Major und Remonte-Inspector, Stein v. Kaminski, ist nach Preußen abgegangen.

Die in der neuesten Nummer der Gesefsammlung (22) publicirte Kartel-Konvention mit Rußland (in franz. und deutscher Sprache) enthält folgende Artikel:

1. Die gegenwärtige Konvention, welche vier Wochen nach Auswechslung der Ratifikationen zur Ausführung gebracht werden soll, erstreckt sich a) auf alle aus dem aktiven Dienste der beiderseitigen Armeen desertirten Individuen und die von ihnen mitgenommenen Militaireffekten, als: Pferde, Reitzzeug, Armatur- und Montirungsstücke; desgleichen auf die aus dem aktiven Dienste, unter Vorbehalt ihrer Verpflichtung zu demselben, beurlaubten, mithin zur Kriegesreserve gehörigen Individuen; b) auf alle, nach den Gesetzen des Staats, welchen sie mit oder ohne Absicht der Rückkehr verlassen haben, wenn auch erst für die Folge, zum Militairdienste verpflichteten Individuen; c) auf diejenigen Individuen, welche, nachdem sie in einem der beiden Staaten ein Kriminalverbrechen begangen, sich der Untersuchung und Bestrafung desselben durch die Flucht auf das Gebiet des andern Staats zu entziehen gewußt haben. 2. Die im vorstehenden Artikel unter a. bezeichneten Individuen sind, wenn sie in militairischer Bekleidung, oder mit andern Gegenständen der militairischen Ausrüstung betroffen werden, oder wenn überhaupt darüber, daß sie aus dem Militairdienste des andern Staats entwichen sind, kein Zweifel obwaltet, sofort, ohne daß es dazu einer vorgängigen Requisition Seitens dieses Staats bedarf, zu verhaften, und mit den bei ihnen gefundenen Militaireffekten zur Grenze, welche beide Staaten trennt, zu transportiren, um daselbst an die zu ihrer Empfangnahme beauftragten jenseitigen Behörden abgeliefert zu werden. Bei denjenigen Individuen, deren Desertion nicht offenbar, sondern in Folge besonderer Umstände oder ihrer eigenen Aussagen nur wahrscheinlich ist, muß von den Militair- oder Civilbehörden, welche von ihrem Aufenthalte Kenntniß erhalten haben, sofort für ihre Sicherstellung gesorgt werden. Demnächst haben sie darüber ein Protokoll aufnehmen zu lassen und solches der jenseitigen Provinzial-Militairbehörde mitzutheilen, welche hierauf zu erklären hat, ob das bezeichnete Individuum wirklich desertirt ist oder nicht, welchemnächst, im Bejahungsfalle der Deserteur ihr auf die oben erwähnte Weise auszuliefern ist. Was die im vorigen Artikel unter b. bezeichneten Individuen betrifft, so findet deren Verhaftung und Auslieferung nicht anders statt, als in Folge einer jedesmaligen ausdrücklichen Requisition von Seiten der kompetenten Behörde desjenigen Staats, welchem die Individuen angehören. 3. Die Auslieferung der zu den Klassen a. und b. des Artikels 1. gehörigen Individuen wird jedoch nicht stattfinden, wenn dieselben, ehe sie sich in den zuletzt von ihnen verlassenen Staat begeben oder daselbst Dienste genommen hatten, Unterthanen desjenigen Staats waren, wohin sie sich bei ihrer Entweichung geflüchtet haben, und diejenigen Verhältnisse, welche für sie aus dieser Eigenschaft entspringen, nicht nach den in diesem Staate geltenden gesetzlichen Vorschriften aufgelöst worden sind. Doch werden, selbst in diesem Falle, die von solchen Individuen bei ihrer Entweichung mitgenommenen Pferde und Militaireffekten zurückgegeben. Eben so kann die Auslieferung eines zu diesen zwei Klassen gehörigen Individuums, wenn dasselbe sich in dem Staate, wohin es entwichen ist, ein Verbrechen oder Vergehen hat zu Schulden kommen lassen, bis zur Abbüßung der nach den Gesetzen dieses Staats dafür verwirkten Strafe verweigert werden. In den Fällen endlich, wo die Verhaftung und Auslieferung eines Individuums nur in Folge vorheriger Requisition stattfinden soll, wie dies im Artikel 2. namentlich wegen der Deserteurs verabredet ist, welche nicht als solche kenntlich sind, ist, wenn seit der Desertion oder dem Austritte eines Individuums dieser Kategorie bereits ein Zeitraum von zwei Jahren verstrichen ist, der requirirte Staat nicht verpflichtet, der an ihn ergehenden Auslieferungsrequisition Folge zu leisten. 4. Die im Artikel 2. vorgeschriebenen Mittheilungen wegen der der Desertion aus dem Dienste der jenseitigen Macht Verdächtigen werden königlich preussischer Seits an den Kommandirenden en Chef, und an die der Auslieferung der Deserteur vorgeordneten Offiziere, kaiserlich russischer oder königlich polnischer Seits aber an das Generalkommando der nächsten preussischen Provinz gerichtet; wogegen die Requisitionen, welche sich auf Individuen der im Artikel 1. unter b. erwähnten Klasse beziehen, königl. preussischer Seits an die nächsten russischen oder polnischen Militair- und Civilbehörden, und kaiserlich russischer oder polnischer Seits an die nächste preussische Provinzial-Regierung zu richten sind. 5. Wenn der Fall eintritt, daß ein Individuum, bevor es aus dem Dienste des einen oder des andern der hohen kontrahirenden Theile entwichen ist, schon von den Truppen eines andern Souverains oder eines andern Staats, mit welchem einer der hohen kontrahirenden Theile eine Kartelkonvention geschlossen hat, desertirt wäre, so soll gleichwohl ein solcher Ueberläufer derjenigen Armee ausgeliefert werden, von welcher er zuletzt desertirt ist. 6. Den beiderseitigen Militair- und Civilbehörden ist ausdrücklich untersagt, ein Individuum, dessen Desertion aus dem

jenseitigen Militairdienste als gewiß oder selbst nur als wahrscheinlich anzunehmen ist, in den Militair- oder Civil-Dienst ihres Souverains aufzunehmen; auch dürfen sie keine Unteroffiziere oder Soldaten der jenseitigen Armee auf der Grenze durchgehen lassen, wenn sie nicht mit einem Passe oder Abschiede von dem Chef oder Kommandeur des Truppentheils, dem sie angehören, versehen sind. Jedes ohne einen solchen Pass oder Abschied von ihnen betroffene oder von ihren Untergebenen ihnen angezeigte Individuum, welches in Folge äußerer Merkmale oder sonstiger Umstände den Truppen des andern Staats anzugehören verdächtig ist, haben sie, mit sammtlichen bei ihm befindlichen Effekten, sofort zu verhaften und zu Protokoll vernehmen zu lassen, welchemnächst nach den im Artikel 2. enthaltenen Bestimmungen zu verfahren ist. 7. Die hohen kontrahirenden Theile werden darauf halten, daß den an ihre Behörden zu richtenden Auslieferungs-Requisitionen schnell und ohne Rückhalt genügt werde. Selbst in dem Falle, wo die reklamirten Individuen in den Dienst des Staates aufgenommen sein sollten, auf dessen Gebiete sie sich befinden, soll dieser Umstand auf die aus dem gegenwärtigen Artikel entspringenden gegenseitigen Verpflichtungen von keinem Einflusse sein. 8. Sollten über die Richtigkeit irgend eines in dem Requisitions-Schreiben angeführten Umstandes Zweifel entstehen, so können diese, die im Artikel 3. erwähnten Fälle ausgenommen, eine Verweigerung der Auslieferung nicht begründen. 9. Bei der Auslieferung eines Deserteurs oder Militairpflichtigen ist jederzeit und ohne Ausnahme nicht allein das bei seiner Verhaftung über die Veranlassung und Umstände desselben aufgenommene Protokoll, sondern es sind auch, wenn derselbe zur Klasse der nach Artikel 2. von Amtswegen auszuliefernden gehört, die Militaireffekten, durch welche seine Desertion sich ergeben hat, sofort mit zu überliefern. Gehört er dagegen zu den erst nach vorheriger Kommunikation mit den respektiven Militairbehörden oder in Folge einer besonderen Requisition auszuliefernden Individuen, so ist, um jeden Zweifel darüber zu beseitigen, daß seine Auslieferung den im gegenwärtigen Vertrage bestimmten Grundsätzen gemäß sei, allemal das Original oder eine beglaubte Abschrift des ihn betreffenden Requisitions-Schreibens bei seiner Auslieferung vorzuzeigen. 10. Die Grenzorte, wo früher die ordnungsmäßige Auslieferung der Deserteurs und anderer Individuen stattgefunden hat, werden auch ferner, und zwar so lange zu diesem Zwecke beibehalten, als die beiderseitigen Behörden nicht etwa über eine Abänderung in dieser Beziehung sich vereinbaren. Die an diesen Orten mit dem Auslieferungsgeschäft beauftragten Beamten sind, je nachdem sie zum Militair- oder Civilstande gehören, von Seiten der betreffenden Militair- oder Civilbehörden den jenseitigen namhaft zu machen. 11. An Unterhaltungskosten werden für jeden Deserteur oder Militairpflichtigen, von dem Tage an, wo er, zum Zwecke seiner von Amtswegen oder auf Requisition zu bewirkenden Auslieferung verhaftet worden ist, zwei und ein halber (2½) Silbergroschen preussischer Courant oder sieben und ein halber (7½) Ropken Silber täglich vergütet. Hat der Deserteur ein Dienstpferd mit sich genommen, so werden, von dem eben gedachten Zeitpunkte ab täglich, auf dasselbe 2 Meßen Hafer und acht Pfund Heu, nebst dem nöthigen Stroh, gutgethan, und diese Fourage wird nach den jedesmaligen Marktpreisen der nächsten Stadt bezahlt. Die Auslieferung des Deserteurs wird spätestens acht Tage nach seiner bei dessen Entdeckung sofort stattfindenden Verhaftung erfolgen, und die Kosten für seinen Unterhalt sollen auch gegenseitig nur für den Zeitraum von acht Tagen erstattet werden, es sei denn, daß seine Auslieferung an die betreffenden Behörden, wegen der Entfernung des Ortes, wo derselbe ergriffen worden, oder wegen anderer hinreichend nachgewiesener Umstände, über jenen Zeitraum hinaus verzögert werden müßte. Ist der Ueberläufer krankheit halber in ein Hospital aufgenommen worden, so werden die desfallsigen Kosten von dem reklamirenden Gouvernement mit drei und einem halben (3½) Silbergroschen preussischer Courant oder zehn und einem halben (10½) Ropken Silber täglich für die ganze Zeit seines Aufenthalts daselbst erstattet. 12. Wird außer dem Deserteur zugleich das von ihm mitgenommene Dienstpferd entdeckt, und dem Staate, welchem es gehört, zurückgegeben, so erhält derjenige, durch dessen Anzeige die Beschlagnahme des Pferdes erwirkt worden ist, von dem Staate, an den die Auslieferung erfolgt, eine Belohnung von sieben und einem halben (7½) Thaler preuss. Cour. (sechs Rubel 75 Ropken Silber). 13. Zur Berichtigung dieser Belohnung, so wie der im Artikel 11. bemerkten Unterhaltungskosten, welche in keinem Falle erhöht werden dürfen, werden die hohen kontrahirenden Theile bei den mit dem Auslieferungsgeschäfte in den dazu bestimmten Grenzorten beauftragten Beamten eine gewisse Summe Geldes niederlegen lassen, von welcher diese Beamten sofort die Auslieferung des Deserteurs oder Militairpflichtigen und des Dienstpferdes sowohl die Unterhaltungskosten auf den Grund einer Berechnung, welche bei der Auslieferung von der dazu beauftragten jenseitigen Behörde mit zu übergeben ist, als auch die Belohnung für die Beschlagnahme des Dienstpferdes zu berichtigen haben. Sollte

diese Berechnung für unrichtig gehalten werden, was jedoch bei der genauen Festsetzung des Sakes der Belohnung und der Unterhaltungskosten nicht leicht wird stattfinden können, so soll dennoch die Zahlung der aufgerechneten Summe erfolgen, und erst später ist eine desfallsige Reklamation zu unteruchen, mit alleiniger Ausnahme des Falles, wo der im Artikel 9. enthaltenen Bestimmung wegen gleichzeitiger Ueberlieferung der bei einem Deserteur gefundenen Militaireffekten oder Verweigerung des Original-Requisitions-Schreibens oder einer beglaubten Abschrift davon, nicht genügt wäre, indem alsdann weder die Unterhaltungskosten noch die Belohnung gezahlt werden. 14. Da weder von Deserteurs noch von ausgetretenen Militairpflichtigen Schulden kontrahirt werden können, die den auf ihre Person Anspruch habenden Staat zu deren Erstattung rechtlich verpflichten, so kann auch die Bezahlung solcher Schulden bei der Auslieferung nie einen Gegenstand der Erörterung zwischen den Behörden beider Staaten bilden. Hat ein solches Individuum während seines Aufenthaltes in dem Staate, von welchem es auszuliefern ist, Verbindlichkeiten gegen Privatpersonen übernommen, an deren Erfüllung es durch die Auslieferung verhindert wird, so bleibt dem dadurch verletzten Theile nur übrig, seinen Schuldner bei dessen kompetenter vaterländischer Behörde zur Geltendmachung seiner Rechte in Anspruch zu nehmen. Eben so befreiet die persönliche Haft, in welcher ein Deserteur oder ausgetretener Militairpflichtiger sich im Augenblicke seiner Reklamation etwa wegen eingegangener Privatverbindlichkeiten befinden sollte, den Staat, an welchen die Reklamation gerichtet ist, keineswegs von der Verpflichtung zur sofortigen Auslieferung des reklamirten Individuums. 15. Diejenigen, welche in den Staaten eines der beiden Souverains ein Kriminalverbrechen begangen oder eines solchen angeschuldigt oder bezüchtigt sind, und darauf entfliehen und in das Gebiet des andern Souverains sich begeben, werden gegenseitig auf eine Requisition, welche auf die unten im Artikel 16. bezeichnete Art erfolgen muß, ausgeliefert. Der Stand oder die bürgerlichen Verhältnisse des Verbrechers, Angeschuldigten oder Bezüchtigten machen hierin keinen Unterschied, und selbiger wird ausgeliefert, wes Standes er auch sei, Edelmann, Stadt- oder Landbewohner, ein Freier oder Leibeigener, ein Soldat oder vom Civilstande. Ist aber der erwähnte Verbrecher oder der Angeschuldigte ein Unterthan desjenigen Souverains, in dessen Land er geflüchtet ist, nachdem er in dem Lande des andern Souverains ein Verbrechen begangen hat, so findet die Auslieferung nicht statt, sondern der Souverain, dessen Unterthan er ist, wird denselben sofort nach seinen Landesgesetzen zur Untersuchung und Strafe ziehen lassen. Sobald jedoch ein Individuum in dem Lande, wo dasselbe ein Kriminalverbrechen oder irgend ein Vergehen sich hat zu Schulden kommen lassen, deshalb verhaftet worden ist, so kann der Souverain des Landes, in welchem die Verhaftung erfolgt ist, denselben zur Untersuchung ziehen und die verwirkte Strafe vollstrecken lassen, wenn auch dieses Individuum ein Unterthan des andern Landesherrn wäre. 16. Die Verhaftung eines Verbrechers Schufs dessen Auslieferung soll erfolgen auf die Requisition einer Polizei- oder Gerichtsbehörde des Staates, in welchem der Angeschuldigte das ihm schuldgegebene Verbrechen begangen hat. Diese Requisition wird an eine Polizei- oder Gerichtsbehörde des andern Staates gerichtet. Die betreffenden Behörden sind verpflichtet, selbst dann, wenn sie zur Erfüllung der ihnen zugehenden Requisition nicht kompetent sind, dieselbe anzunehmen und sie unverzüglich an die kompetente Behörde zu befördern. Die wirkliche Auslieferung geschieht jedoch allemal erst von Seiten Preußens auf die Requisition des General-Gouverneurs derjenigen Provinz des Kaiserthums Rußland oder auf die Requisition des Obergerichtes derjenigen Provinz des Königreichs Polen, wo gegen den Verbrecher oder Angeschuldigten eine gerichtliche Untersuchung bereits stattgefunden hat oder stattfinden soll. In dem einen wie in dem andern Falle wird die Requisition an das Obergericht derjenigen Provinz der preuss. Monarchie gerichtet, wo der Verbrecher oder Angeschuldigte dem Verurtheilten nach Zuflucht gesucht hat. Von Seiten Rußlands und des Königreichs Polen wird die Auslieferung nur auf die Requisition des Obergerichtes derjenigen preuss. Provinz erfolgen, wo gegen den Verbrecher oder Angeschuldigten eine gerichtliche Untersuchung bereits stattgefunden hat oder stattfinden soll. Diese Requisition wird an den General-Gouverneur derjenigen Provinz des Kaiserthums Rußland oder an das Obergericht derjenigen Provinz des Königreichs Polen gerichtet, wo der Verbrecher oder Angeschuldigte dem Verurtheilten nach Zuflucht gesucht hat. Beide Regierungen werden sich gegenseitig das Verzeichniß der Obergerichte der preussischen Monarchie und des Königreichs Polen mittheilen, welchen die Erlassung dieser Requisitionen anvertraut ist. In allen vorgedachten Fällen, der Antrag auf Auslieferung möge von einem Obergerichte Preußens oder des Königreichs Polen gemacht sein, oder von einem der russischen General-Gouverneure ausgehen, soll die Requisition von einer Ausfertigung entweder des Erkenntnisses, wenn ein solches schon ergangen ist, oder des Beschlusses über die Eröffnung der Kriminaluntersuchung begleitet sein, in welchem die näheren Umstände des Verbrechens auseinander

gefest sind. Der Antrag auf Auslieferung und die zur Begründung desselben dienenden Dokumente sollen binnen 6 Monaten von dem Tage an, wo die Anzeige über die Verhaftung des Verbrechers oder des Angeschuldigten an den requirirenden Beamten oder das requirirende Gericht abgehandelt wird, vorgelegt werden. Im Verzögerungsfalle erlischt die Verbindlichkeit zur Auslieferung des Verbrechers oder Angeschuldigten. — Die Auslieferung selbst soll erfolgen, nachdem durch Vernehmung des Angeschuldigten die Identität seiner Person festgestellt worden, und wenn die ihm schuldgebene Handlung eine solche ist, daß auch nach den Gesetzen des requirirenden Staates der Schuldige gleichfalls zur Kriminal-Untersuchung gezogen werden müßte. Bezugs der Auslieferung soll der Verbrecher bis zur Grenztransportirung und gegen Erstattung der Kosten den Behörden des requirirenden Staates übergeben werden. 17. An Kosten werden a) für den Unterhalt des Verbrechers, vom Tage seiner Verhaftung an, täglich zwei und ein halber (2½) Sgr. pr. Cr. (sieben und ein halber (7½) Kopel Silber); b) an Kosten der Haft, so lange diese dauert, täglich drei und ein viertel (3¼) Silbergroschen preussisch Courant (neun und drei viertel (9¾) Kopelen Silber) und außerdem c) die in jedem einzelnen Falle zu liquidirenden Auslagen für den Transport des Verbrechers und für Anschaffung der zu seiner Bekleidung erforderlich gewesenen Gegenstände bezahlt. 18. Weder Deserteure, noch Militairpflichtige, noch Verbrecher, können von Seiten des reklamirenden Staates auf gewaltsame, eigenmächtige oder heimliche Weise auf das Gebiet des andern Staates verfolgt werden. Es ist daher untersagt, daß zu diesem Zwecke irgend ein Militair- oder Civilkommando oder geheimer Abgeordneter die Grenze beider Staaten überschreite. Ist von Seiten der reklamirenden Macht die Verfolgung eines oder mehrerer Deserteure, oder Militairpflichtiger, oder geflüchteter Verbrecher mittelst eines Militair-Commandos, oder auf andere Art verfügt worden, so darf sich diese Verfolgung nicht weiter als bis zur Grenze, welche beide Staaten von einander trennt, erstrecken. Hier muß das Commando Halt machen und nur ein Mann darf die Grenze überschreiten. Dieser muß sich bei Enthaltung jeder Ausübung von Gewalt oder Eigenschaft, unter Vorzeigung des Requisitionsschreibens seiner Vorgesetzten, an die kompetente Militair- oder Civilbehörde wenden und auf die Auslieferung antragen. Ein solcher Abgeordneter wird mit denjenigen Rücksichten, welche beide Gouvernements sich gegenseitig schuldig sind, empfangen werden, und das weitere Verfahren erfolgt sodann nach der Vorschrift des gegenwärtigen Vertrages. 19. Jede amtliche Handlung, welche ein Civil- oder Militairbeamter des einen der beiden Staaten auf dem Gebiete des andern Staates ausübt, ohne von der kompetenten Militair- oder Civilbehörde dieses letzteren Staates dazu ausdrücklich ermächtigt zu sein, soll als eine Gebietsverletzung angesehen und demgemäß bestraft werden. Wenn sich Zweifel über die Thatsache der Gebietsverletzung selbst oder über die besonderen Umstände erheben, welche sie begleitet haben, so soll eine gemischte Commission unter Vorsitz des Kommissarius des verletzten Theiles niedergesetzt werden. Beständige, hierzu im Voraus bestimmte Kommissarien sollen für Preußen der Landrath desjenigen Kreises, an dessen Grenze die Gebietsverletzung vorgekommen sein soll, und für Rußland die Spezialkommissarien sein, welche sowohl auf der Grenze des Kaiserthums, als auf der des Königreichs Polen, mit Aufrechthaltung der freundschaftlichen Verhältnisse beauftragt sind. In besonderen Fällen bleibt es den beiden Regierungen vorbehalten, diese Untersuchung besonders zu dem Zwecke abgeordneten Beamten anzuvertrauen. Die Kommissarien sollen das Recht haben, in besonderen Fällen sich einen Justizbeamten zuzuordnen, um die Zeugen zu vernehmen und zu vertheidigen. Ihre Aufgabe ist, die Thatsachen vollständig aufzuklären, um festzustellen, ob wirklich eine Gebietsverletzung stattgefunden und wer sie begangen hat. Wenn die Commission hierüber einig ist, werden die verhandelten Akten dem kompetenten Gerichte des Staates, welchem der Angeschuldigte angehört, übersandt, um die Strafe festzusetzen, von welcher unverzüglich dem Staate, dessen Gebiet verletzt worden, Kenntniß gegeben werden soll. Jedes Individuum, welches in dem Staate selbst, wo dasselbe eine Gebietsverletzung begangen hat, verhaftet worden ist, soll vor das nächste Militair- oder Civilgericht dieses Staates, je nachdem der Schuldige dem Militair- oder Civilstande angehört, gebracht werden. Dieses Gericht soll die Thatsache untersuchen, die Zeugen vernehmen und die Sache so weit instruiren, daß die Abfassung des Erkenntnisses erfolgen kann. Die verhandelten Akten werden alsdann entweder dem kommandirenden General der Truppen, zu denen der Schuldige gehört, oder, wenn letzterer ein Civilbeamter ist, seiner vorgesetzten Behörde übersandt, um das Urtheil nach den Gesetzen des Landes fällen zu lassen. Die Untersuchung soll ohne Unterbrechung geführt und möglichst beschleunigt werden. Begehrt das Gericht, welches das Urtheil zu sprechen hat, zuvor noch anderweite Aufklärungen, so sollen diese auf Requisition des gedachten Gerichtes durch die mit der Untersuchung beauftragten Kommissarien beschafft werden. 20. Beide hohe kontrahirende Theile verbieten ihren

Behörden oder Unterthanen, einen Deserteur, bereits reklamirten Militairpflichtigen, oder zur Auslieferung geeigneten Verbrecher zu verbergen, oder demselben nach anderen entfernten Gegenden fortzuhelfen, um ihn auf diese Weise der Auslieferung zu entziehen. Wider diejenigen, welche sich eines Vergehens dieser Art schuldig machen, werden die beiderseitigen Gouvernements, nach Maßgabe ihrer resp. Landesgesetze, verfahren, und die Behörden beider Staaten werden einander zu ihrer Gerathung Kenntniß davon geben, daß und auf welche Weise die Contravenienten zur Verantwortung und Strafe gezogen worden sind. 21. Die hohen kontrahirenden Theile werden ihren resp. Eingesessenen auf das Strengste untersagen, von irgend einem Individuo, auch wenn dasselbe als Deserteur noch nicht erkannt oder reklamirt sein sollte, Effekten anzukaufen, welche den Charakter von Staatseigenthum unverkennbar an sich tragen. Derselben sollen ganz besonders vor dem Ankaufe des von einem Deserteur mitgebrachten Dienstpferdes und vor der Erwerbung der von einem flüchtig gewordenen Verbrecher mitgebrachten, widerrechtlich von ihm besessenen Sachen gewarnt werden. Jede der beiden Regierungen wird alle ihr durch die Landesgesetze zu Gebot stehenden Mittel anwenden, um sich gegenseitig zur unentgeltlichen Wiedererlangung dieser Gegenstände, sowie der obgedachten Militair-Effekten behülflich zu sein. 22. Wenn die Auslieferung eines Deserteurs, Militairpflichtigen oder Verbrechers der oben bezeichneten Art in einem solchen Falle nicht erfolgt ist, wo sie nach dieser Konvention hätte erfolgen sollen, und ein dergleichen Individuum durch Flucht wieder in das Land zurückkehrt, dem dasselbe hätte ausgeliefert werden sollen, so ist der Souverain dieses Landes nicht verpflichtet, ein solches Individuum wieder herauszugeben. 23. Jeder der beiden Staaten verpflichtet sich, diejenigen seiner Unterthanen wieder zu übernehmen, welche der andere Staat, weil sie ihm aus irgend einem Grunde lästig geworden sind, ausweisen will. Diese Verbindlichkeit soll allemal erlöschen, wenn das auszuweisende Individuum sich im Auslande zehn Jahre lang ohne einen Paß oder Heimathschein der kompetenten Behörden seines Vaterlandes aufgehalten hat, oder dieser Paß oder Heimathschein seit zehn Jahren abgelaufen ist. Die Individuen, deren Pässe, Heimathscheine oder anderen Legitimations-Papiere noch gültig oder nicht länger als seit Jahresfrist abgelaufen sind, sollen, wenn sie Unterthanen des einen der beiden Staaten sind, in denselben ohne vorgängige Correspondenz mit dessen kompetenten Behörden ausgewiesen werden können. Die Ausweisung und die Uebnahme der vorstehend bezeichneten Personen geschieht a) von Seiten Preußens durch Vermittelung der Landräthe der Grenzkreise, b) von Seiten Rußlands durch Vermittelung der Spezial-Kommissarien, welche sowohl auf der Grenze des Kaiserthums, als auf der des Königreichs Polen, mit Aufrechthaltung der freundschaftlichen Verhältnisse beauftragt sind. Mit Ausnahme dieser Fälle soll kein Individuum, welches sich für einen Unterthan eines der beiden hohen kontrahirenden Theile ausgiebt, anders auf das Gebiet des andern Staates ausgewiesen werden dürfen, als nach vorgängiger Verständigung zwischen vorstehend gedachten Beamten und nachdem festgestellt sein wird, daß das in Rede stehende Individuum wirklich Unterthan des Staates ist, welcher dasselbe übernehmen soll. In allen vorerwähnten Fällen bleiben die Kosten jeglicher Art, welche durch eine solche Ausweisung entstehen, dem ausweisenden Staate zur Last. Wenn indessen die kaiserlich russische oder die königlich polnische Regierung in den Fall kommen sollte, sich eines Individuums entledigen zu wollen, dessen Transportirung in seine Heimath nicht flüchtig anders, als durch das preussische Gebiet geschehen könnte, so wird die königlich preussische Regierung ihre Einwilligung hierzu nie versagen, wenn bei Ueberlieferung des Auszuweisenden an die preussischen Grenzbehörden, diesen zugleich 1) eine bescheinigte Annahme-Erklärung derjenigen Landesregierung, welcher der Auszuweisende angehört, und 2) der vollständige Betrag der Transport- und Unterhaltungskosten des Auszuweisenden für den ganzen Weg bis in seine Heimath übergeben wird. Ohne die vollständige Erfüllung der beiden vorstehenden Bedingungen kann sich die königlich preussische Regierung bei den zwischen ihr und andern Staaten in dieser Beziehung bestehenden vertragmäßigen Vereinbarungen zur Uebnahme irgend eines, einem dritten Staate zuzuweisenden Individuums nicht verstehen. In dem Falle, wo dergleichen einem dritten Staate angehörige Individuen dennoch in die preussischen Staaten auf Grund eines ihnen von einer russischen oder polnischen Behörde ertheilten Passes zugelassen sein sollten, und ihr angeblicher Heimathsstaat ihre Aufnahme verweigerte, sollen die preussischen Behörden sie nach Rußland oder Polen binnen einer Frist von einem Jahre, von ihrem Eintritte aus einem dieser Länder nach Preußen an gerechnet, zurückweisen dürfen, indem auf ihren Pässen der Grund dieser Zurückweisung vermerkt wird. 24. Die Dauer der gegenwärtigen Konvention, deren sämtliche Bestimmungen gleichmäßig auf das Königreich Polen Anwendung finden, ist auf zwölf Jahre festgesetzt. 25. Die gegenwärtige Konvention wird ratifizirt werden, und die betreffenden Ratifikations-Instrumente sollen in Berlin binnen sechs Wochen,

oder noch früher, wenn es thunlich ist, ausgewechselt werden. Zur Beglaubigung dessen haben wir, die beiderseitigen Bevollmächtigten, solche unterzeichnet und mit unserm Siegel versehen. Geschehen zu Berlin, den zwanzigsten (achten) Mai im Jahre des Herrn Eintausend Achnthundert Vier und Bierzig. (L. S.) (gez.) Bülow. (L. S.) Der Bar. v. Meyendorff.

Der vorstehende Vertrag ist ratifizirt worden, und hat die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden zu Berlin am 3. Juli d. J. stattgefunden.

Die in demselben Stück der Gesetz-Sammlung enthaltene Allerhöchste Kabinetts-Ordre, betreffend den Kleinhandel mit Getränken und den Gast- und Schankwirtschaftsbetrieb, enthält folgende Artikel: 1) Der Kleinhandel mit Getränken soll nicht bloß auf dem Lande, sondern auch in den Städten den Bestimmungen der Ordre vom 7. Februar 1835 unterworfen sein. 2) In allen zur vierten Gewerbesteuer-Abtheilung gehörigen Dtschaften sollen die Vorschriften jener Ordre wegen des Schankwirtschaftsbetriebes auch auf den Betrieb der Gastwirtschaft Anwendung finden. 3) In den unter 2) bezeichneten Dtschaften hat fortan nicht die Orts-Polizei-Behörde, sondern der Kreis-Landrath die Erlaubnißscheine zum Betriebe derjenigen Gewerbe zu ertheilen, welche den durch die Ordre vom 7. Februar 1835 und durch die gegenwärtige Ordre vorgeschriebenen Beschränkungen unterliegen.

Das neueste Justiz-Ministerial-Blatt enthält eine allgemeine Verfügung vom 11. Mai c. wegen Befugniß der Regierungen zur Ertheilung des Consenses bei Austausch einzelner Parzellen nicht bespandbriester Güter. Ferner eine Instruction vom 14. Juni c., das Verfahren vor den Schiedsmännern in Schlesien betreffend. Nachdem nämlich in dem jüngsten, an die schlesischen Stände ergangenen k. Landtags-Abschiede Allerhöchste genehmigt worden, daß von der Vorschrift, bei den Verhandlungen der Schiedsmänner keine Bevollmächtigten zuzulassen, zu Gunsten der städtischen und ländlichen Gemeinden, und der Corporationen eine Ausnahme gestattet werde, und daß der Verklagte, welcher auf die Vorladung des Schiedsmannes ausbleibt, ohne seine Absicht, nicht erscheinen zu wollen, zeitig angezeigt zu haben, mit einer an die Ortsarmenkasse zu zahlenden Geldbuße von 5 Sgr. belegt werde, so werden zur Ausführung dieser Allerhöchsten Bestimmung die näheren Anweisungen ertheilt.

△ Schreiben aus Berlin, 10. Juli. — Man spricht wieder von einer Theilung unserer Hoftheater-Verwaltung. Hr. v. Küstner soll das Schauspiel erhalten. Hr. Graf v. Rebern, jetzt die Aufsicht über die Hofmusik führend, soll an die Spitze der Oper treten. Wir bezweifeln ein solches Arrangement, weil es unpractisch erscheint. — Das Handelsgericht in Leipzig — so wird hier erzählt — hat in der Kollmann-Sue'schen „Ewig-Juden-Angelegenheit“ zu Ungunsten des Klägers entschieden; und was ein solcher Ausgang auch zu erwarten. Man erfährt, daß Hr. Kollmann dem französischen Autor für den Separatvertrag 6000 Rth. gezahlt hat. Als Goethe für seine „Herzmann und Dorothea“ auf der Leipziger Messe 1000 Rth. erhielt, verwendete sich die ganze deutsche Buchhändlerwelt. Die hiesige Woff-Buchhandlung soll über die nächstens erscheinende „Geschichte des Consulats“ einen ähnlichen Contract in Paris geschlossen haben. — Der Marquis von Dalmatien, jetzt französischer Gesandter hier, scheint ein großes Haus machen zu wollen. Seine Gemahlin besitzt bedeutendes Vermögen, und das Gehalt des Gesandten beträgt 100,000 Fr. Im Ganzen leben unsere Diplomaten sehr zurückgezogen. — Der Graf von Hardenberg hat es für die bekannte Angelegenheit zu keiner Verständigung mit seinem Souveraine bringen können. Er hat bereits das Se. Maj., dem König von Hannover zugehörige Gesandtschaftshotel geräumt, eine Privatwohnung bezogen und einen Theil seiner Sachen verauctioniren lassen. Er wird von hier aus eine Badereise machen; sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt. — Die weitverbreitete Sage, als habe man eine Modification der Presszustände beantragen wollen, wird von kompetenter Stelle aus „als auf einer Unwahrheit beruhend“ erklärt. An der böhmisch-sächsischen Grenze, wo in jüngster Zeit absonderliche Vorfälle sich ereignet, soll man einen außerordentlichen Commissar erwarten. Protestantische Richtungen und Tendenzen, namentlich in Bezug auf die Lehre vom Abendmahl, haben in jüngster Zeit sehr in Böhmen um sich gegriffen. — Hier hat sich bekanntlich ein deutscher National-Verein gebildet, der 1) das deutsche Wesen, wo es von fremden Eingriffen bedroht ist, schirmen, und der 2) die religiöse Duldung vertreten will. Gewiß sehr löbliche Zwecke! Einen solchen deutschen National-Verein, wenn er mit großen Kräften wirken wollte, müßte das deutsche Volk und der deutsche Bund bilden. Dann könnte man durchgreifen; aber selbst die reichsten Kräfte wohlgesinnter Schriftsteller möchten, bei den Behinderungen von allen Seiten, erlahmen. — Da jetzt das Thema von dem Briefgeheimniß auf dem Tapete ist, wollen wir folgende authentische Anekdoten erzählen, die ein helles Licht auf die Partie werfen. Der Gesandte hatte Befehl erhalten, sich à tout prix Ein-

sicht in gewisse Depeschen zu verschaffen. Wie das aber machen? Dersche Hof unterhielt eigene Couriere, welche die Staatsbriefe überbrachten. Der Gesandte entschließt sich kurz. Wie dersche Courier die Grenze passiert, wird vor dem Grenzollamat eine Prügelei veranstaltet, und dabei werden dem Courier die Depeschen entzissen. Er kam nach Hause mit durchgeblutetem Rücken und ohne Depeschen. Reclamationen folgten auf Reclamationen; Niemand hatte eine Depesche bemerkt. Ferner begab es sich einmal, daß dersche Hof von seinem Minister eine Depesche erhielt, die zwar in dem rechten Couvert steckte, aber an einen ganz andern Hof gerichtet und von einem andern Gesandten ausgegangen war. Der auf diese Weise behandelte Hof wandte sich ganz lakonisch an die Postbehörde, mit der Bitte: künftighin die geöffneten Depeschen doch wenigstens in das rechte Couvert zu stecken. Es versteht sich von selbst, daß diese Historien im Auslande vor sich gegangen.

*** Schreiber aus Berlin, 12. Juli. — Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen hatte in diesen Tagen in Seiner Eigenschaft als kommandirender General des Gardecorps, einen Befehl erlassen, worin den verschiedenen Abtheilungskommandeuren die Anweisung gegeben wird, keinem Soldaten vom Feldwebel abwärts zu erlauben, einem Mäßigkeitsvereine beizutreten, indem die Statuten dieser Gesellschaft dem Genuss des Branntweins gänzlich unterstufen, während derselbe bis jetzt noch auf Anordnung unserer obersten Militärbehörde zu gewissen Zeiten, namentlich beim Manöver und im Lager, als Stärkungsmittel an die Mannschaften ausgetheilt wird. — Gestern erfolgte in unserem Justizministerium die Einführung eines neuen vortragenden Rathes in der Person des Geh. Justizraths Sibeth, bisher Ober-Land.-Ger.-Rath zu Frankfurt a. d. O. Beim Oberen Justizgericht ist der Kammergerichts Rath von Lüderitz mit dem Charakter eines Geh. Justizraths als Staatsanwalt eingetreten. Bis diesen Augenblick hat der neue erste Director des Stadtgerichtes der Hauptstadt und Residenzstadt Berlin, Geh. Justizrath Schroeder, seinen Posten noch nicht übernommen. — Briefe aus London hatten auch in der hiesigen Handelswelt Besorgnisse wegen eines großen Stillstandes im Getreidehandel, weil man die Aussicht habe, zu billigeren Preisen den Bedarf aus Ostindien zu beziehen, verbreitet. Allein man betrachtet diese Angaben nur als ein Manöver der Spekulation und als einen Schreckschuß. Hier eingegangene Briefe von einem angesehenen Handlungsbause in Bittau sprechen von ernsthaften Unruhen in den Fabrikkörtern an der nahen Grenze und namentlich in und um Reichenberg. — In den letzten Tagen und auch heute bezeichnete man wieder den Geschäftsgang auf unserer Börse als sehr flau, viele hiesige Speculanten sollen sich bei Ludwigshaffner Verbacher Bahn mit ansehnlichen Summen zu betheiligen versuchen. Die Berlin-Hamburger Gesellschaft, von der man täglich Nachrichten über den Angriff der Bahn und überhaupt über das endliche Inslebentreten entgegen sah, hat nun durch das Ausschreiben neuer Einzahlungen nach langem Stillstehen wieder einmal ein Zeichen ihres Daseins gegeben. Sehr erfreulich lauten nach wie vor die amtlichen Nachrichten über die Vermehrung des Lebens der Dampfschiffahrt auf unseren Flüssen und in den großen Binnengewässern. Die zahlreichen neuen Dampfschiffe, zum Theil von höchst eleganter Einrichtung, die ihre regelmäßigen Fahrten nach den verschiedensten Richtungen angekündigt haben, sprechen sehr deutlich dafür, daß die vergrößerte Frequenz und das Bedürfnis neue Mittel der Befriedigung verlangten.

△ Schreiben aus Berlin, 12. Juli. — In der Stadt macht folgender Vorfall großes Aufsehen. Eine anerkannt reiche Fleischersfrau, die ein Vermögen von 60,000 Rthlr. besitzt und sich in den ersten Kreisen des Bürgerstandes bewegte, wurde dieser Tage von unserer Kriminalpolizei wegen Diebstahlerei arretirt. Sie hatte unter durchaus ehrbarer und anständiger Maste dieses Handwerk seit einem Jahrzehend getrieben und man fand bei ihr ganze Kisten von Sachen, die aus verschiedenen Diebstählen herrührten. Man hofft jetzt für viele derartige Geschichten Licht zu bekommen, und man erinnert sich, auf welche systematische und wohlgerichtete Weise hier vor einigen Jahren die Dieberei getrieben wurde. — Da man hier die Gründe sehr gut kennt, welche die Advokaten in Mainz, nachdem sie sich lange gekräubt, veranlaßt haben, die Versammlung freiwillig aufzugeben, so hat dies Ereignis recht schmerzliche Theilnahme erregt. — In wohlunterrichteten Kreisen weiß man nichts davon, daß Herr Friedrich Rohmer, der Prophet, mit einem bedeutenden Gehalte nach Berlin gezogen werden soll. Einen Propheten könnten wir zwar brauchen, d. h. einen von der echten Sorte. — Da es eine weltbekannte Thatsache ist, daß unser berühmter Staatsmann, Herr von Schön, im hohen Ansehen und in hoher Gunst bei unserm erhabenen Königs Majestät steht so begreift man nicht recht, worin die Hindernisse begründet sind, welche die Aufstellung des Schön'schen Monumentes in Königsberg beanstanden. Man glaubt daher, daß diese letzteren bald beseitigt sein werden. —

Die unter dem Protektorat des bekannten Bischofs Laurent in Luxemburg erscheinende Zeitung daselbst, welche namentlich für die Rheinprovinz berechnet ist, findet dort wenig Anklang, was, weil es im Widerspruch mit einer früheren Epoche steht, ein bemerkenswerthes Zeichen der Zeit ist. Die rheinische Presse huldigt im Ganzen gegenwärtig dem Prinzip der Gewissensfreiheit und des Fortschrittes. — Die Erbitterung gegen das Toryministerium wegen der Oeffnung der Briefe ist, den neuesten Nachrichten zufolge, so anhaltend, daß sich doch ernste Folgen daran knüpfen möchten.

(H. Z.) Es ist nunmehr bestimmt, daß Se. Maj. noch im Laufe dieses Monats — man nennt den 26sten Juli — eine Reise nach Schlesien antreten werde, wo sich der Monarch persönlich mit dem Zustande der Fabrikdistrikte bekannt machen will. Es leidet keinen Zweifel, daß in dieser Beziehung Manches gefehert werde, um vorhandenen Uebelständen abzuwehren. — Der Polizei-Director Dunker hat mit einem Auftrage des Ministeriums des Innern eine Reise nach Schlesien, so wie nach dem benachbarten Böhmen angetreten.

(Köln. Z.) Ein hiesiger Correspondent in der Köln. Z. weiß es sich nicht zu erklären, daß das k. Ober-Censurgericht durch seine Instruction nicht angewiesen sein soll, Censurstücke, denen es die Druckerlaubnis versagt habe, andern Behörden mitzutheilen, und daß dennoch der Minister des Innern auf amtlichem Wege in den Besitz solcher Censurstücke gelangt ist. Die Erklärung ergibt sich aus dem Befehle von selbst. Dem Staatsanwalt beim Ober-Censurgericht werden von demselben die im Wege der Beschwerde eingereichten Censurstücke mitgetheilt. Er ist, wie die Verordnung vom 23. Febr. pr. besagt, in seiner Amtsführung dem Minister des Innern untergeordnet und hat, wie es in demselben Befehle heißt: „von dem ihm stets vollständig mitzutheilenden Entscheidungen des Gerichtes demselben Behufs der erforderlichen weitern Verfügungen Anzeige zu machen.“ Der Staatsanwalt gelangt daher vermöge des Gesetzes in den Besitz aller solcher Censurstücke, und eben so durch ihn der Minister des Innern in den Fällen, wenn zu deren Mittheilung an den letztern ein Anlaß vorliegt oder derselbe sie zur Einsicht verlangt. Es ist einleuchtend, daß diese Einsicht in vielen Fällen nicht allein zur Beurtheilung des Verfahrens der Censoren, sondern auch deshalb nöthig ist, um die wichtigsten unter den Erkenntnissen, welche die Beschwerden zurückweisen, vollständig zu verstehen, indem sie sich in ihren Gründen auf die vom Drucke zurückgewiesenen Schriftstücke beziehen.

(Nach. Z.) Einiges Aufsehen haben hier die in öffentlichen Blättern abgedruckten Artikel des Salinen-Inspectors August Kost gemacht, welcher die Behauptung aufgestellt und durchgeführt hat, daß unsere Eisenproduction vornehmlich durch die engeren Fesseln darniederliegt, in welchen sie durch die Befehlggebung gehalten wird. Derselbe hat hier auch persönlich seine Ansichten geltend zu machen gesucht und wie man sagt, soll der neue Finanzminister Flottwell sehr geneigt sein, seine kräftige Verwendung zu einer baldigen Revision des Bergwerksrechts zu bieten. Auch die Salzproduction, die für Privaten bis jetzt gehemmt war und nur der Regierung zufland, soll gegen eine angemessene Abgabe freigegeben werden. Ist erst die Gewerbefreiheit in Beziehung auf die Anlage neuer Salinen nachgelassen, so kann es keinem Zweifel obwalten, daß auch dieser Industriezweig durch Aktien-Gesellschaften einen großen Aufschwung nehmen und uns vom Auslande unabhängiger machen wird. Dann kann wohl auch zur Aufhebung des ganzen Salz-Monopols geschritten und die Finanzeinnahme aus demselben durch eine Grenzsteuer und durch die Besteuerung der Produktion gedeckt werden. Seit dem Frieden hat sich die Bevölkerung in Preußen um ein volles Drittel vermehrt und ist daher auch dringend nothwendig, daß auch in gleichem Maße neue Erwerbsquellen eröffnet werden.

(E. Z.) Oesterreich fährt fort, uns mit gutem Beispiel in der Briefportoermäßigung voranzugehen, wie das die neuere Maßregel in Bezug auf Versendung von Werthpapieren bekundet. In dieser Hinsicht hofft man, daß die Steuerermäßigung von 500,000 Rthlr., welche uns im Budget für 1844 in Form von Portoreduction in Aussicht gestellt worden, auf diese oder jene Weise eintreten wird.

Trier, 8. Juli. — Die hiesige Zeitung veröffentlicht ein Erkenntnis des Ober-Censur-Gerichts, wodurch ihr für einen gestrichenen Artikel und für einzelne gestrichene Stellen die Druckerlaubnis erteilt wird. Der erste nunmehr mitgetheilte Artikel hat, wie es in dem Erkenntnisgründen heißt, die Besprechung der politischen Verhältnisse Englands, Irland und Rußland gegenüber, zum Hauptgegenstand, und überschreitet, nach Inhalt und Form, die Grenzen der Censur-Instruction nicht. In dem Schluffatz des zweiten gleichfalls zum Druck verstateten Artikels heißt es unter Anderem: „Kaiser Nikolaus reißt nicht aus kleinen Gründen oder Absichten, Kaiser Nikolaus hat die Polen, die deutsche Grenze, Mittel-Asien, den Kaukasus, die Donaufürstenthümer und

— Constantinopel zu bedenken. England ist die einzige Macht, welche seinem Zweck abhold sein und denselben vereiteln könnte. Im Jahre 1840 war Herr von Brunnow zufrieden, Lord Palmerston dupirt zu haben; Frankreichs Zorn ward keinen Augenblick gestrichet; gegen Frankreich hatte man das Rheinlied und die deutsche Begeisterung, während es sich im Osten um halbe Erdtheile handelte. Diesmal will Rußland, wie es scheint, einen Schritt weiter gehen, es will dem Ideal Peters des Großen, das noch kein Czar und keine Czarin seit jener Zeit vergessen hat, direct auf den Leib rücken, es will — oder Alles trägt uns — in der Türkei interveniren u. s. w.“

Koblenz, 8. Juli. (D. N. N. Z.) Vor einiger Zeit meldeten die öffentlichen Blätter, daß der Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuche, nachdem derselbe in Berlin einer nochmaligen Revision unterworfen gewesen, den rheinischen Justiz-Collegien wiederholt mitgetheilt worden sei, damit aus den Mitgliedern derselben und des öffentlichen Ministeriums zu ernennende Commissionen ihr Gutachten über die mit dem Entwurfe gleichzeitig überschickten bestimmten Fragen abgeben könnten. Die Commission des diesseitigen königl. Landgerichts soll nunmehr ihre desfallsige Arbeit beendigt und dem Vernehmen nach sich durchaus gegen sämmtliche vorgelegte Fragen ausgesprochen haben. — Es hat sich nunmehr bestimmt herausgestellt, daß das sogenannte Naturereignis am Laacher See eine Erdbebung ist.

Mülheim a. Rh., 6. Juli. (Barm. Z.) In diesen Tagen hat der Revisionshof in Berlin einen Rechtsstreit entschieden, welcher sich mit seinem Beginn an unser Friedensgericht anknüpft, der als Richtschnur für künftige Rechtsverhältnisse von dem größten Einflusse sein dürfte. Einem Winger der Nachbarschaft war nämlich durch Spähen, Krähen und andere Vögel der Weinberg geplündert worden, so daß die Lese einen bedeutenden Minderetrag gab. Der Winger ließ den Schaden durch Sachverständige abschätzen und klagte nun den Jagdbesitzer seines Sprengels für den Verlust ein. Dieser entgegnete: daß Wildschaden nur im Falle übermäßiger Jagd zu vergüten sei, daß im vorliegenden Falle aber nicht einmal von Wildschaden die Rede sein könne, da die angeführten Vögel keine jagdbaren Thiere wären. Das Gericht entschied aber demungeachtet für den Winger und wohl mit dem größten Rechte. Da der Jagdbesitzer in seinem Gebiete das Tragen der Flinten und das Schießen verbietet, wodurch der Grundbesitzer sein Eigenthum hätte schützen können, so muß er auch für den daher erwachsenen Schaden einstehen. Wir sind versichert, wenn alle Grundbesitzer den Wildschaden so scharf in Rechnung brächten, die Gerichte immer so freies Recht aussprechen, würde der Ablösbarkeit der Jagd-Dienstbarkeit bald nichts mehr im Wege stehen.

Deutschland.

Aus dem Nassauischen, 3. Juli. (Köln. Ztg.) Es heißt, bei unserm Militär sollten Peitschenhiebe als Strafe eingeführt werden. Bei dem allgemeinen Unwillen, mit welchem ganz Deutschland auf eine solche, die Ehre und Würde des Menschen tief verletzende Strafmethode sieht, ist das kaum zu glauben.

Stuttgart, 6. Juli. — Das hiesige evangelische Consistorium hat sich bei den jezigen, zwischen beiden Confessionen so häufig vorkommenden Differenzen betwogen gefühlt, an die evangelische Geistlichkeit in Württemberg ein Schreiben zu richten, worin ihr besonders zur Pflicht gemacht wird, dahin zu wirken, daß ihre Gemeinden sich ihres Sinubens deutlich bewußt werden, dann aber auf alle Weise den Frieden und die Eintracht zu befördern.

Weimar, 10. Juli. (E. Z.) Nachdem die Ratificationsurkunden über den zwischen der Krone Preußen, dem Großherzogthum Sachsen-Weimar und dem Herzogthum Sachsen-Coburg und Gotha unterm 19. April d. J. im Betreff der Ausführung der Thüringischen Eisenbahn geschlossenen Vertrag am 4ten d. M. zu Berlin ausgewechselt worden, so sind mit der heute ausgegebene Nr. 8 des großherzogl. Regierungsblattes erschienen: 1) der gedachte Vertrag, 2) das dazu gehörige Statut der Thüringischen Eisenbahngesellschaft, und 3) das in dem Vertrage citirte und in Ansehung mehrerer Vorschriften für die Thüringische Eisenbahn bahnunternimmungen vom 3. November 1838.

Dresden. (E. Z.) Die betheiligten Ministerien haben die sowohl von dem Directorium der unter dem Namen der „Erzbergischen Eisenbahngesellschaft“ zu visorischen Vereinen für Beförderung einer Eisenbahnverbindung von Loban nach Zittau gestellten Anträge in Erwägung gezogen und sind zu der Ansicht gelangt, daß (Fortsetzung in der Beilage.)

Oberschlesische Eisenbahn.

Für den Betrieb unserer Bahn und für unsere Werkstätten sollen für das Etats-Jahr 1844-45 die untenstehenden Erfordernisse im Wege der Submission von dem Mindestfor- benden erkaufet werden.

Beschriebene schriftliche Angebote, und, wo es thunlich, mit Mustern belegt, werden bis zum 24. Juli entgegen genommen.

Das Directorium.

Verzeichniß der zu liefernden Gegenstände.

- Baumöl mit Terpentin verfest, 100 Ctr.
Raffinirtes Brennöl, 100 Ctr.
Rohes Kübol, 10 Ctr.
Bestes russisches Talg, 50 Ctr.
Palmöl, 30 Ctr.
Lichte, 1/2 Ctr.
Seife, grüne, 16 Ctr.
Seife, weiße, 1 1/2 Ctr.
Steinbohlen, theils Stück, theils Schmiede-
Kohlen, 2100 Tonnen.
Holzkohlen, 2200 Körbe.
Strauchbesen, 3200 Stück.
Baumwollen-Abgänge, versponnen oder roh,
60 Ctr.
Runde Lampendochte, 22 Gros.
Bunzen-Dochte, 40 Pfd.
Laternen-Dochte, 800 Ellen.
Lampen-Cylinder, 65 Dugend.
Nägels, 480 Schock.
Windsäden, 50 Pfd.
Bieh-Klauen, 100 Schock.
Winde-Stränge, 6 Dugend.
Pfeifen-Schnur, 6 Dugend Bunbe.

- Bürsten, 6 Dugend.
Handseger, 10 Dugend.
Pinsel, 8 Dugend.
Feilen-Hefte, 30 Dugend.
Hammer-Stiele, 100 Dugend.
Drahtstifte, 60 Mille.
Glas-Papier, 4 Ries.
Schmirgel-Papier, 6 Ries.
Feines Brief-Papier, 5 Ries.
Klein Kanzlei-Papier, 2 Ballen.
Groß Concept-Papier, 1/2 Ries.
Klein Concept-Papier, 2 1/2 Ballen.
Pack-Papier, 2 1/2 Ries.
Lsch-Papier, 1/2 Ries.
Altenbeckel-Papier, blau, 3 Ries.
Federposen, 3000 Stück.
Dinte, schwarze, 30 Quart.
Dinte, rothe, 2 Quart.
Siegelwachs, feines, 5 Pfd.
do. ordinaires, 40 Pfd.
Diaten, 50 Schachteln.
Bleistifte, 200 Stück.
Rothstifte, 50 Stück.

Tägliche Dampfwagenzüge der Oberschlesischen Eisenbahn.

Abfahrt: von Oppeln nach Breslau Morgens 6 Uhr 10 M., Mittags 12 Uhr, Abends 6 Uhr 10 M.; Breslau nach Oppeln Morgens 6 Uhr, Mittags 2 Uhr, Abends 6 Uhr.

Entbindungs-Anzeige. Statt besonderer Meldung. Heute wurde meine liebe Frau Florentine, geborne Meyer, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.

Entbindungs-Anzeige. Statt besonderer Meldung. Die heute Mittag 12 Uhr glücklich erfolgte Entbindung seiner geliebten Frau, geborne von Kamecke, von einem gesunden Knaben, beehrt sich hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Entbindungs-Anzeige. Die heute Morgen um 7 Uhr erfolgte, glückliche Entbindung meiner lieben Frau, Louise geborne Heller, von einem gesunden Knaben, zeige ich meinen Verwandten und Freunden, anstatt besonderer Meldung, hiermit ergebenst an.

Todes-Anzeige. Heute früh um 9 Uhr entschlief sanft mein guter Schwager, der Kandidat der Theologie Wolf Kumann in Briefen, an Lungenschwindsucht, in einem Alter von 26 Jahren 11 Monaten.

Todes-Anzeige. Nach langen Leiden entschlummerte heute Morgen 3 1/2 Uhr, meine geliebte Schwester, die verwitwete Frau Ritterakademie-Direktor von Briesen, geborne v. Schlopp, aus dem Hause Ottendorf.

Todes-Anzeige. Am 14ten d. M., früh um 2 Uhr endete ein Lungen Schlag das Leben unsers theuren Vaters, des Handlungsbuchhalters Ferdinand Traugott König, in dem Alter von 62 Jahren und 8 Monaten.

Theater-Repertoire. Montag den 17ten Juli: „Der Maurer und der Schlosser.“ Komische Oper in drei Akten.

Zur Beachtung. Mit Bezug auf die kürzlich in den hiesigen Zeitungen ergangene Aufforderung zur Zeichnung von 100 Actien, à 50 Thlr. zu 4 pSt.

Musikalische Section der vaterländischen Gesellschaft. Dienstag den 16. Juli, Abend halb 7 Uhr: Herr Oberflieut. Dr. K. von Stranz, über den Zustand der Musik in Berlin zu Anfang des 19ten Jahrhunderts.

Capital-Gesuch. Ein Capital von 15.500 Rthlr. à 4 1/2 % werden auf ein Dominium (Nieder-Schlesien), die pupillarisch sicher locirt sind, gesucht.

Bekanntmachung. Auf der Königl. Holzablage zu Zettfch sollen den 25. Juli d. J.

circá 83 1/2 Klaftern Weißbuchen Brennholz, 37 1/2 Klaftern Rothbuchen Brennholz, 20 1/2 Rthren. Eschen Brennholz, 741 1/2 Klaftern Eichen Brennholz, 132 1/2 Rthrer Birken Brennholz, 192 1/2 Rthren. Erlen Brennholz, 55 Klaftern Aspen Brennholz, 943 Klaftern Kiefern Brennholz, 343 1/2 Rthren. Fichten Brennholz, in Summa 5642 1/2 Klaftern öffentlich an den Meistbietenden durch unseren Commissarius, den Forstmeister Schindler, gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Königl. Regierung, Abtheilung für Domänen, Forsten und direkte Steuern.

Bekanntmachung. Die bevorstehende Theilung des Nachlasses des am 11ten März 1843 verstorbenen, verwitweten Radlernermeisters Wappler, geboren Pelebe, wird in Gemäßheit der Verordnung des §. 138. seq. Tit. 17. Thl. 1. des Allg. Landrechts hierdurch bekannt gemacht.

Königl. Vormundschaftsgericht. Wein-Auktion. Mittwoch den 17ten d. M. Vormittags 10 Uhr sollen in No. 8 Dhlauer Straße (Nautentrans) eine Partdie Rheinweine in Flaschen, so wie 100 Flaschen Rheinischer Champagner öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden.

Hertel, Commissionsrath. In allen Buchhandlungen ist zu haben, vorräthig in Breslau bei Ferdinand Hirt, am Naschmarkt No. 47, für das gesammte Oberschlesien zu beziehen durch die Hirt'sche Buchhandlung in Ratibor, sowie in Krotoschin durch E. A. Stock:

Ferdinand Hirt,

Buchhandlung für deutsche und ausländische Literatur.

Breslau und Ratibor.

Im Verlage von Ferdinand Hirt in Breslau und Ratibor erschien kürzlich und ist in allen Buchhandlungen Breslau's, wie Schlesiens, des Großherzogthums Posen und der Lausitz vorräthig:

Der erfahrene Schäfer.

Friedrich Nowack, ein Bruder des Landmannes, welcher einfach und belehrend seine Erfahrungen in der Schafszucht mittheilt und seinen Fachgenossen die Mittel an die Hand giebt, mit Glück und richtigem Fortschritt zu arbeiten.

Ein Volksbuch

für Schäfer und die es werden wollen. Von A. Nothe, Fürstlich Sulkowitschen Oekonomie-Direktor, Rittergutsbesitzer, Ritter des rothen Adlers Ordens IV. Klasse und vieler landwirthschaftlichen Vereine wirklichem und Ehren-Mitgliede. 8. Clieg. geh. Preis nicht mehr als 15 Sgr. Näheres über dieses treffliche, rein praktische Buch erfährt man gefälligst aus dem der heutigen Zeitung beigefügten Prospect, dessen übriger Inhalt nicht minder einer verdienten Beachtung empfohlen wird.

In allen Buchhandlungen ist zu haben, vorräthig in Breslau bei Ferdinand Hirt, am Naschmarkt No. 47, für das gesammte Oberschlesien zu beziehen durch die Hirt'sche Buchhandlung in Ratibor, sowie in Krotoschin durch E. A. Stock:

Nebst einer Beschreibung der Reisen durch die Schweiz, Tyrol, das Salzammergut, den Thüringer Wald, den Harz, das Riesengebirge, die Karpathen, die sächsische u. die fränkische Schweiz; ferner einer Beschreibung d. Donaureise von Ulm bis Pesth, der Rheinreise v. Basel bis Rotterdam, u. der Bäder von Deutschland u. der Schweiz.

Der neueste Passagier und Tourist.

Ein Handbuch für Reisende durch ganz Deutschland u. die angrenzenden Länder bis Paris, Petersburg, Stockholm, Belgrad, Mailand und Venedig.

Berlin. Verlag von F. H. Morin. 1844.

Mit einer Uebersichtskarte der Dampfschiffs- und Eisenbahn-Beförderungen in Mittel Europa, einer Reisekarte von Deutschland und den ausführlichen Plänen von Berlin, Dresden, Hamburg, München, Prag und Wien.

Eleg. in engl. Cattun geb. à 3 1/2 Rthlr. Preuss. Cour.

Handbücher für Reisende, welche die Anweisung enthalten sollen, auf die angemessenste Weise und mit dem verhältnißmäßig geringsten Aufwand an Zeit und Mitteln, den Zweck jeder Reise zu erschöpfen, haben seit langer Zeit in allen Sprachen ihre Brauchbarkeit u. Unentbehrlichkeit bewährt. Wenn wir zu den vielen schon vorhandenen hier noch ein neues hinzuzufügen gewagt, so geschah es aus der Ansicht, welche sich in der Erfahrung eines jeden Reisenden bestätigt hat, dass die Vorzüge der bis jetzt zum Gebrauch vorliegenden Reisebücher alle nur einseitige sind, dass sie nach dieser oder jener einzelnen Seite hin wohl einen besonderen Nutzen gewähren können, dass es aber an einer universalen, alle jene Einzelvürzüge in sich vereinigenden Darstellung des Reisetmaterials gebricht, die auf allen Punkten

gleichmäßig aus den Quellen geschöpft ist, und darum überall eine bestimmte und möglichst untrügliche Antwort erwarten lässt. Im Ganzen haben wir uns in der Behandlungsweise die vortrefflichen, von John Murray herausgegebenen, englischen Reisehandbücher zum Muster gewählt, welche eigentlich die ersten waren, die auf diesem Gebiet der Reiseliteratur höhere und gediegere Anforderungen in geschmackvoller Form eingeführt und befriedigt haben. Die beigelegten Karten und Pläne, auf welche wir die größte Sorgfalt haben verwenden lassen, mögen zur lebendigeren Veranschaulichung unserer Schilderungen nützlich dienen. Möge dies Werk seinen Beruf möglichst erfüllen, und eine rasche und umfassende Orientirung auf den wichtigsten Plätzen und Touren des heutigen Reiselebens abgeben.

So eben ist (für Deutschland im Verlage von Adolph Marcus in Bonn) erschienen, vorräthig in Breslau bei Ferdinand Hirt, am Naschmarkt No. 47, für das gesammte Oberschlesien zu beziehen durch die Hirt'sche Buchhandlung in Ratibor, sowie in Krotoschin durch E. A. Stock:

De la Situation de l'Industrie du fer en Prusse (Haute-Silésie)

ou mémoire Sur les usines à fer de ce pays et sur la crise actuelle, Suivi de quelques détails sur l'union douanière allemande et sur la production et l'importation du fer et de la fonte dans les états qui la composent par A. Delvaux de Tenffe, Ingénieur civil des mines. broschirt 1 Thlr. 10 Sgr.

Bei August Schulz und Comp. in Breslau (Alte Baugasse No. 10, an der Magdalenenkirche) ist erschienen und durch alle schlesische Buchhandlungen zu beziehen:

Die Apothekenverhältnisse Preussens

nebst Vorschlägen zu zeitgemäßer Reform derselben. Von L. Lips, approbirtem Apotheker I. Klasse. Preis 5 Sgr.

Literarische Anzeige.

In der Buchdruckerei C. F. A. Günther (grüne Baumbrücke No. 2) sind folgende Werke von Theodor Brand erschienen: 1) König Friedrich des Großen Thaten, 2 Bände oder 40 Hefte (à Hefte 1 1/2 Sgr.) nebst einem Schlichtbild. Gesamt-Preis 1 Rthl. 20 Sgr. 2) Das Leben Napoleon's nebst Geschichte der französischen Revolution, 2 Bände oder 40 Hefte (à Hefte 1 1/2 Sgr.) nebst einem Schlichtbild. Gesamt-Preis 1 Rthl. 20 Sgr. Zugleich die freundliche Bitte an die geehrten Subscribenten beider Werke welche durch Nachlässigkeit einzelner Colporteurs die letzteren Hefte nicht erhalten haben, solche in genannter Buchdruckerei zu entnehmen.